

## **Wahlprüfsteine des LSVD Baden-Württemberg zur Wahl des 17. Landtags von Baden-Württemberg am 14. März 2021**

### Antworten der Parteien zum Thema:

#### **Respekt und Akzeptanz von LSBTTIQ in der Arbeitswelt erhöhen**

*9.1. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Regenbogenkompetenz - d.h. den professionellen und diskriminierungsfreien Umgang mit Themen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt - von Führungskräften im Landesdienst zu erhöhen?*

*9.2. Beabsichtigen Sie Maßnahmen zu ergreifen, um bei privatwirtschaftlichen Unternehmen und kirchlichen Trägern für die Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten zu werben und ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld zu fördern? Falls ja, welche konkreten Ideen haben Sie hierzu?*

Bündnis 90 / Die Grünen
-------------------------

#### Antwort auf Frage 9.1.

Die grün-geführte Landesregierung setzt sich für Vielfalt und Diversity in der Landesverwaltung ein. Am 15. November 2012 ist das Land Baden-Württemberg deshalb der Charta der Vielfalt beigetreten. Ob im Ministerium, im Regierungspräsidium, im Landratsamt oder in einer der zahlreichen anderen nachgeordneten Behörden: Überall zählt die Akzeptanz von Vielfalt, die wir gemeinsam gestalten! So wächst Integration zu Gunsten der Gesamtgesellschaft – auch innerhalb unserer Landesverwaltung. Die Charta der Vielfalt ist für die Landesverwaltung dabei eine wichtige Leitlinie und bietet zusätzliche Motivation und Orientierung.

#### Antwort auf Frage 9.2.

Baden-Württemberg soll Musterland für gute Arbeit sein. Jede\*r Arbeitnehmer\*in braucht einen Arbeitsplatz, an dem er\*sie diskriminierungsfrei arbeiten kann und in seiner Lebensweise akzeptiert wird. Eine Onlinebefragung zur Lebenssituation von LSBTTIQ-Menschen in Baden-Württemberg im Jahr 2014 hat zeigt, dass insgesamt 28 Prozent der Teilnehmenden in den vergangenen fünf Jahren aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität negative Erfahrungen am Arbeitsplatz gemacht haben. Viele Unternehmen haben bereits verstanden: Vielfalt stärkt ihren Betrieb. Eine offene Unternehmenskultur stärkt die Bindung an das Unternehmen, reduziert stressbedingte Krankheitsausfälle und steigert die Innovationskraft. Als Land und Arbeitgeber sind wir in einer Vorbildfunktion. Im Jahr 2012 haben wir die Selbstverpflichtung der Charta der Vielfalt unterzeichnet. Im Gespräch mit den Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden setzen wir uns für Schulungen zum Abbau von Diskriminierungen ein. Im Zusammenspiel mit den Kammern treten wir dafür ein, dass die Ausbildungsvertretungen für die Belange von LSBTTIQ-Menschen sensibilisiert und verstärkt darüber informiert werden. Außerdem wollen wir die Antidiskriminierungsstelle des Landes ausbauen, um eine starke Anlaufstelle für die Betroffenen von Diskriminierung zu schaffen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die sogenannte Kirchenklausel des Paragraphen 9 im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz reformiert wird.

CDU

Antwort auf Frage 9.1. / 9.2.

Die Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten müssen im Sinne eines verstärkten Arbeitnehmerschutzes gewährleistet bleiben. Bei der Gestaltung einer zukunftsorientierten Arbeitswelt setzen wir auf die Zusammenarbeit von Politik, Arbeitgebern und Gewerkschaften. Für uns ist eine Kultur der gleichen Anerkennung, des Respekts des Gegenübers und der gleichen Freiheiten selbstverständlich.

SPD

Antwort auf Frage 9.1.

Im Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“ waren Sensibilisierungs- und Schulungsmaßnahmen von Führungskräften im öffentlichen Dienst verabredet worden. Es ist zu prüfen, ob diese inzwischen strukturell verankert sind.

Antwort auf Frage 9.2.

Die Anwendung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes sowie die Rechtsprechung dazu haben unweigerlich auch Auswirkungen auf privatwirtschaftliche Unternehmen und kirchliche Träger. Nach den Vereinbarungen im Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“ ist das Staatsministerium seit 2015 beauftragt, mit den Kirchen Gespräche zum Thema Antidiskriminierung zu führen. In der Regierungsverantwortung lassen wir uns über die bisherigen Ergebnisse berichten und treffen auf dieser Grundlage gemeinsam mit den anderen Beteiligten weitere Entscheidungen.

FDP

Antwort auf Frage 9.1. / 9.2.

Wir beantworten die Fragen im Sachzusammenhang: Wir Freien Demokraten treten dafür ein, dass Menschen ihre sexuelle Identität entsprechend dem rechtlichen Rahmen frei leben können und vor Diskriminierungen wirksam geschützt werden. Wir verweisen auch auf die oben gemachten Ausführungen, insbesondere zum Fragenkreis 1.

Die Linke

Antwort auf Frage 9.1.

Verpflichtung von Führungskräften zu Weiterbildungen, die einen wertschätzenden Umgang mit Vielfalt (nicht nur geschlechtlicher und sexueller) sicherstellen sollen. Hierzu könnten an den Verwaltungshochschulen in Ludwigsburg und Kehl besondere Studienmodule geschaffen werden, um Anwärter\*innen für den gehobenen und höheren Verwaltungsdienst gezielt zu qualifizieren. Die Erfolge sollen unter den Beschäftigten des Landes regelmäßig evaluiert werden. Die Ergebnisse sollen in die Beurteilung der Führungskräfte einfließen und ggf. in Modellen der leistungsorientierten Bezahlung (LOB) gespiegelt werden.

Antwort auf Frage 9.2.

Die Vergabe von Aufträgen und Förderungen des Landes soll nur an solche Unternehmen und Einrichtungen erfolgen, die einen wertschätzenden Umgang mit Vielfalt pflegen. Bei

gemeinnützigen Einrichtungen, die diesen Umgang nicht pflegen, ist die Gemeinnützigkeit zu überprüfen. Das Land Baden-Württemberg soll sich darüber hinaus auf Bundesebene dafür einsetzen, dass im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und im Betriebsverfassungsgesetz die Ausnahmeregelungen für Religionsgemeinschaften als Arbeitgeberinnen gestrichen werden. Das Land soll zudem darauf hinwirken, dass die Förderrichtlinien der Kommunen gegenüber allen Trägern den Diskriminierungsschutz beinhalten müssen.

AfD
-----

Die AfD hat die Wahlprüfsteine des LSVD ignoriert.

Alle Antworten zu den weiteren Themenbereichen finden Sie unter:

<https://ba-wue.lsvd.de/2021/01/27/lsvd-wahlcheck-zur-landtagswahl/>